

## Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 11.01.2021

---

<b>Sitzungsort:</b>	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:05 Uhr
<b>Ende:</b>	17:35 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiter/in:</b>	Frau Rothe-Beinlich
<b>Schriftführer/in:</b>	

### Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 09.12.2020	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Festlegungen des Ausschusses	
5.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 09.12.2020 zum TOP 6.1 - Personelle Situation im Amt für Soziales, Gesundheitsamt und der Ausländerbehörde;	2525/20

hier: aktualisierter Sachstand

BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

- 5.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 09.12.2020 zum TOP 7.2 - sonstige Informationen ; hier aktueller Sachstand der „Alten Parteischule“ **2527/20**  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
6. Informationen

## I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-  
Nummer

### 1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder, die sachkundigen Bürger und alle geladenen Gäste und wünschte allen ein gutes neues, vor allem aber gesundes Jahr und hofft auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

### 2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.  
Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

### 3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 09.12.2020

Die Niederschrift wurde wie folgt

**genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

### 4. Dringliche Angelegenheiten

Dem Ausschuss lagen keine dringlichen Angelegenheiten zur Beratung vor.

### 5. Festlegungen des Ausschusses

- 5.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 09.12.2020 zum TOP 6.1 - Personelle Situation im Amt für Soziales, Gesundheitsamt und der Ausländerbehörde; hier: aktualisierter Sachstand  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend 2525/20

Es gab keine weiteren Nachfragen und Wortmeldungen zur übergebenen Stellungnahme.

**zur Kenntnis genommen**

**5.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom  
09.12.2020 zum TOP 7.2 - sonstige Informationen ; hier  
aktueller Sachstand der „Alten Parteischule“  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-  
dung und Jugend**

**2527/20**

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, informierte über ein in der letzten Woche stattgefundenes Gespräch mit dem Vermieter der "Alten Parteischule" und dem Sozialamt.

Detaillierte Ausführungen folgten im Anschluss durch den Abteilungsleiter im Sozialamt, der das Gespräch mit dem Geschäftsführer als sehr konstruktiv einschätzte. Er informierte, dass es aktuell noch keine endgültige Entscheidung der Zollverwaltung gibt, die die Immobilie als Ausbildungsstätte nutzen möchte.

Darüber hinaus informierte er, dass aktuell noch keine offiziellen Kündigungen ausgesprochen bzw. ausgereicht wurden. Es ist die Absicht des Geschäftsführers der "Alten Parteischule", diese in persönlichen Gesprächen mit den Mietern zu übergeben. An diesen Gesprächen werden auch die Mitarbeiter seines Sachgebietes anwesend sein, um den betroffenen Mietern direkt beratend zur Seite zu stehen.

Weiter führte er aus, dass der Eigentümer beabsichtigt, auch Angebote an die Mieter zu unterbreiten. Aktuell gibt es einen Antrag auf Umnutzung von Gewerberäumen in Wohnräume, der im Bauamt bearbeitet wird.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, fragte nach der Anzahl der Betroffenen, ob darunter auch Kinder sind und wie mit den eingemieteten Vereinen umgegangen wird.

In seiner Beantwortung stellte der Abteilungsleiter des Sozialamtes dar, dass es sich um ca. 110 Miet- und Beherbergungsverträge handelt, damit sind ca. 180 Personen betroffen. Eine genaue Anzahl kann nicht genannt werden. Auch ob darunter Kinder sind, ist ihm aktuell nicht bekannt.

Hinsichtlich der eingemieteten Vereine konnte er mitteilen, dass jeder Verein ein Angebot erhalten wird, so hierzu ein Bedarf bestehe.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., geht davon aus, dass die betroffenen Mieter Unterstützung bei der Wohnungssuche bzw. Arbeitssuche benötigen werden. Auch aus diesem Grund sind die Mitarbeiter des Sozialamtes bei den Gesprächen dabei, um beratend zu wirken, so der Abteilungsleiter im Sozialamt. Darüber hinaus verwies er auf die gute Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Jobcenters.

Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, wollte wissen, ob Druck auf die Betroffenen ausgeübt wird und ob bekannt sei, dass durch die KoWo GmbH potenzielle Mieter abgelehnt würden.

Die dargestellten Probleme sind ihm bekannt, Probleme mit der KoWo GmbH hingegen sind dem Abteilungsleiter im Sozialamt nicht bekannt. Er sagte aber zu, diesbezüglich Kontakt mit der KoWo GmbH aufzunehmen.

Herr Paul, sachkundiger Bürger, informierte, dass eingemietete Vereine bereits eine Kündigung erhalten hätten. Der Sachverhalt wird durch das Sozialamt geprüft.

Ob es Kontakte zu direkten Mietangeboten mit der KoWo GmbH bzw. den Wohnungsbau-genossenschaften gab, wollte Herr Fuchs, sachkundiger Bürger, wissen. Diese haben bisher noch nicht stattgefunden.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, wollte wissen, ob es unter den ca. 180 betroffenen Mietern ausschließlich sozialschwache Personen Betroffene seien.

Hierzu informierte die Bürgermeisterin und Beigeordnete Soziales, Bildung und Jugend, dass es sich bei den Betroffenen nicht um ausschließlich sozialschwache Personen handelt.

Sie führte an dieser Stelle weiter aus, dass in ca. 2 Wochen die Gespräche mit den Mietern beginnen. Neben den Beratungsangeboten durch die Mitarbeiter des Sozialamtes wird es auch Angebote durch das Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung geben.

Sie sagte zu, den Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung zeitnah über die neuesten Entwicklungen zu informieren.

Herr Haß, kommissarischer Leiter des Sozialamtes, informierte abschließend, dass die ersten beabsichtigten Kündigungen erst zum 01. März 2021 greifen werden.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bat darum, den Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung in der nächsten Sitzung am 24.02.2021 über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der Kündigungen "Alte Parteischule" sowie über Beratungsangebote für die Betroffenen zu informieren.

**vertagt**

## **6. Informationen**

Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, bezog sich auf die öffentliche Ausschreibung der Stelle des Amtsleiters für das Amt für Soziales und hatte spezielle Nachfragen zum Anforderungsprofil der Stelle.

Hierzu gab es Erläuterungen durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke. Vor einer jeden Ausschreibung erfolgt eine umfangreiche Abstimmung auch zu den zusätzlichen Qualifikationen. Sie verwies auf die Verantwortung des Oberbürgermeisters, der abschließend über die Freigabe der Ausschreibung entscheidet.

Im nunmehr laufenden Verfahren kann es keine Korrektur mehr geben.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, informierte, dass die erforderlichen finanziellen Mittel für das Queere Zentrum in den Haushaltsplan des Freistaates Thüringen eingestellt sind.

Frau Hofmann-Domke zeigte sich erfreut und wird mit den Akteuren Kontakt aufnehmen. Das Thema wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 24.02.2021 auf die Tagesordnung genommen (vgl. Festlegung des Ausschusses SAG - Drucksache 1785/20).

Frau Hofmann-Domke informierte vorab zur Verlängerung der Gültigkeit des bestehenden Mietspiegels. Die Bestätigung aller Partner hierzu liegt vor. Die entsprechende Drucksache 2532/20 wird in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 24.02.2021 vorgelegt.

Weitere Informationen lagen nicht vor, damit wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

gez. Rothe-Beinlich  
Vorsitzende

gez.   
Schriftführer/in